

# Roter Fächer

Informationen der DKP Karlsruhe



## 2016 – Unser antifaschistischer Kampf geht weiter!

**Seit nunmehr einem ganzen Jahr ist Karlsruhe Schauplatz neonazistischer Umtriebe. Damit ist Karlsruhe die einzige Stadt in Baden, in der sich der rechte Mob im Dunstkreis von PEGIDA & Co. längerfristig etablieren konnte. Der Ort des Bundesverfassungsgerichts, die Residenz des Rechts, ist zur Residenz der Rechten geworden.**

(kaj) – Mit Pegida & Co sind in den letzten Jahren **Keimformen einer neuen faschistischen Bewegung** in Deutschland entstanden. Karlsruhe ist die Hochburg dieser Bewegung in Baden. Es handelt sich nicht nur um „gewöhnliche“ Naziaufmärsche, sondern um lokale Ausformungen einer dynamischen **sozialen Bewegung**. Damit hat die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft eine neue Qualität angenommen.

Die faschistische Bewegung im **Deutschland der 1920er Jahre** entstand nicht als einheitliche Gruppierung, sondern setzte sich aus zahlreichen Strömungen zusammen – Chauvinisten, Rassisten, Militaristen, Revanchisten etc. Diese Vielgestaltigkeit ließ sie zunächst zersplittert und harmlos erscheinen. Die herrschende Politik sah den Feind links und ließ Jagd auf Kommunisten machen. **Heute ist die Situation erschreckend ähnlich!** Die herrschende Politik verharmlost die faschistische Gefahr und kriminalisiert konsequent den linken Gegenprotest (Gefangennahmen, Bußgeld-

und Kostenbescheide, Pfefferspray, Schlagstock etc.). Mehr noch, die **Stadt Karlsruhe**, der Oberbürgermeister und der Gemeinderat beanspruchen gegenüber faschistischer Gefahr und den Gegenprotesten neutral zu sein. Sie distanzieren sich formal vom

**„Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen mag, in welchen Formen er auch auftreten mag, auf welchem Wege er immer auch zur Macht gelangen mag - Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen.“**

(Georgi Dimitroff)

„**Extremismus in jeder Form**“ (Gemeinderatsbeschluss vom 19. Mai 2015) und sehen den rechten Aufmärschen in Karlsruhe tatenlos zu. Der

**Antifaschismus** war der **Grundkonsens seit 1945** als konsequente Reaktion auf den Faschismus! Im Potsdamer Abkommen hielten die Siegermächte einmütig fest: „Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“ Auch das Grundgesetz schreibt in **Artikel 139** die „Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vor. Die Verantwortlichen der Stadt Karlsruhe müssen ihrer **historischen Verpflichtung** gerecht werden und politisch geschlossen gegen die rechten Aufmärsche vorgehen. Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Sozial is' muss!

# „Flüchtlingskrise“ oder „Krise des Kapitalismus“?

*In Politik, Medien und an Stammtischen – überall wird von der „Flüchtlingskrise“ geredet. Doch dieser Begriff kennzeichnet die momentane Situation in Deutschland nicht zutreffend. Derzeit befinden sich kaum mehr Flüchtlinge im Land als etwa 1997. In Wahrheit wird das Schicksal von flüchtenden Menschen missbraucht um ganz andere Interessen durchzusetzen und von den wahren Schuldigen abzulenken. Um wessen Interessen handelt es sich? Um was geht es wirklich?*

(kaj) – Was in den Medien als „Flüchtlingskrise“ thematisiert wird, ist in Wahrheit Bestandteil der **Krise des Kapitalismus**. Was heißt das?

## Was heißt hier „Krise“?

Seit es Kapitalismus gibt, gibt es **zyklische Wirtschaftskrisen**. Karl Marx nennt die Krise eine „Erscheinung aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie“. Krisen sind notwendige Erscheinungen im Kapitalismus. Zyklische Krisen sind ihrem Wesen nach **Überproduktionskrisen**. Denn im Kapitalismus steht das unbegrenzte Profitstreben der Unternehmen der begrenzten Nachfrage des Marktes gegenüber. Da eine gesellschaftliche Planung der Produktion und Distribution unmöglich ist, spitzt sich dieser Widerspruch stetig zu und entlädt sich regelmäßig in der gewaltsamen Zerstörung von Waren, Produktionsmitteln und Menschenleben.

Von diesen Krisen *im* Kapitalismus – also den kapitalistischen Krisen – wird die Krise *des* Kapitalismus unterschieden. Die Krise des Kapitalismus – d.h. seine **allgemeine Krise** im Gegensatz zu den besonderen Krisen zyklischer Konjunkturschwankungen – ist eine Epochebezeichnung, die den allgemeinen Zustand des Kapitalismus in einem bestimmten Entwicklungsstadium beschreibt. Dabei wird die konkrete Ausgestaltung der allgemeinen Krise durch die Auswirkungen zyklischer Wirtschaftskrisen beeinflusst und geprägt.

Das Wort „Krise“ stammt vom altgriechischen Wort „krisis“ und bedeutet übersetzt „Wendepunkt“. Im 16. Jahrhundert tauchte das Wort erstmals im deutschsprachigen Raum in der medizinischen Fachsprache auf, zur Bezeichnung des Wendepunktes einer Krankheit. Die Krise bezeichnete in der Medizinersprache den Wendepunkt, der darüber entschied, ob eine Krankheit mit der Gesundheit oder dem Tod endete. In diesem Sinne kann die Krise des Kapitalismus als diejenige Epoche bezeichnet werden, in der das **Schicksal der Menschheit** seinen Wendepunkt nimmt: entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.

## Die Epoche des Imperialismus

Die Epoche der allgemeinen Krise des Kapitalismus heißt **„Imperialismus“**. Die Besonderheiten dieser Epoche

lassen sich im Vergleich mit vorangegangenen Epochen darstellen.

Der Kapitalismus trat historisch als höchst revolutionäre und progressive Kraft in Erscheinung. Die Rolle der Bourgeoisie bei der Zerschlagung des Feudalismus und bei der Erämpfung bürgerlicher Freiheiten wie etwa Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit etc. sowie auch bürgerlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kann nur positiv bewertet werden. Der Kapitalismus war im Vergleich zum Feudalismus objektiv fortschrittlich.

Doch mit der Festigung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und mit der vollständigen Niederlage der Feudalklasse im Klassenkampf entstand im 19. Jahrhundert ein neuer Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital. Da aber der Klassenkampf das Bewegungsgesetz der bisherigen Menschheitsgeschichte darstellt, muss auch diesbezüglich festgestellt werden, dass der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital objektiv höher entwickelt ist, als der Widerspruch zwischen Feudalherrn und Leibeigenen oder der Widerspruch zwischen Meister und Knecht. Die kapitalistische Organisation der Arbeitsteilung brachte große Fortschritte in der technischen und organisatorischen Entwicklung der Produktivkräfte und steigerte die gesellschaftliche Produktivität.

Doch das **progressive Potential des Kapitalismus ist historisch begrenzt!** Mit dem Übergang in sein imperialistisches Stadium in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert verlor der Kapitalismus jedes fortschrittliche Potential. Noch mehr: Sämtliche Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft faulen ab. Der Kapitalismus entwickelt sich nicht mehr, er kämpft nur noch mit seinem Tod. Nach Innen bedeutet dies: Reaktion, Verschärfung der Ausbeutung, Demokratieabbau, Sozialabbau, Militarisierung, Faschisierung etc.

Nach Außen bedeutet dies: Parasitismus. Der Imperialismus lebt von der Arbeit fremder Völker, heftet sich wie ein Parasit an ausländische Gesellschaftsorganismen und saugt diese aus. Ökonomische Basis der Ausbeutung anderer Nationen und Völker ist der **Kapitalexport**. Der Export von Kapital wird in dem Maße zur ökonomischen Notwendigkeit, in dem die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Inland an die Grenzen des Nationalstaates stößt. Ein frühes Stadium dieser Entwicklung ist der Kolonialismus. Heutzutage findet diese Ausbeutung meist über ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit statt. Bsp.:

Griechenland. Seit das Land 1981 der EG beigetreten ist, wurde es systematisch durch den BRD-Imperialismus ausgebeutet. Die Filetstücke der ökonomischen Infrastruktur wurden (u. a.) von deutschen Investoren erworben. Was übrig blieb war im Rahmen eines barrierefreien EG-Wirtschaftsraumes in keiner Hinsicht konkurrenzfähig. Die deutsche Exportwalze zerschlug infolge die griechische Infrastruktur und ersetzte sie durch Abhängigkeit von Waren aus deutscher Produktion. Um den Import finanzieren zu können war Geld nötig, welches wiederum von deutschen Banken und Finanzinstituten in Form von Krediten gewährt wurde. Die Folge: Eine ungeheure Verschuldung des griechischen Staates, die wiederum im Zuge der seit 2008 tobenden zyklischen Wirtschaftskrise – auf Druck der Bundesregierung – auf den Schultern des griechischen Volkes ausgetragen wird (Austeritätspolitik).

### Krieg als Mittel der Politik

Wo die finanzielle und diplomatische Abhängigkeit nicht auf „friedlichem“ Wege geschaffen werden kann (im Zweifel auch durch außenpolitischen Druck, Sanktionen, Wirtschaftsblockaden etc.), da kommen **militärische Mittel** zum Einsatz. Nicht nachgiebige Regierungen werden weggebombt und durch hörige Marionetten-Regierungen ersetzt (so geschehen z.B. in Afghanistan, Irak, Libyen). Wo Marionettenregierungen nicht installiert werden können, werden instabile Zustände (z.B. Bürgerkriege) angeheizt und in Gang gehalten, da ein zerfallenes, instabiles Land für die imperialistischen Staaten besser auszubeuten ist, als eine stabile Regierung, die ihr Völkerrecht auf Souveränität wahrnimmt (so geschehen z.B. in Syrien und in der Ostukraine).

Der Imperialismus ist die tiefste Ursache für Krieg, für die systematische Zerschlagung anderer Staaten, für Regime-Change-Politik und letztlich für Verelendung, Völkermord, Totschlag und Massenflucht. Die **NATO** ist das militärische Hauptinstrument der imperialistischen Zentren USA und EU (Großbritannien, Frankreich, Deutschland). Außerhalb der NATO spielt zunehmend auch die EU mit ihrer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ eine Rolle und bildet ein Gegengewicht zum USA-Imperialismus, der wiederum z.B. im Irakkrieg 2003 außerhalb der NATO-Strukturen operierte („Koalition der Willigen“). Seit der Zerschlagung der Friedensmacht DDR tritt auch der **deutsche Imperialismus** zunehmend aggressiver auf. Aktuell ist die Bundeswehr in 23 Auslandseinsätzen in 18 Ländern mit über 3.000 Soldaten involviert. Das Völkerrecht wird dabei dem Profitinteresse untergeordnet, wie nicht zuletzt der Kriegseinsatz gegen Syrien zeigt.

### Den Hauptfeind erkennen

In der Epoche des Imperialismus entsteht eine Schicht von Geldbesitzern, die ausschließlich von der Arbeit anderer Menschen lebt (**Finanzoligarchie**). In Deutschland z.B. verfügten 2015 0,5% der Bevölkerung über 17,3% der gesamten Vermögenswerte. Das reichste 1% der Deutschen verfügte über 32,7% des gesamten Vermögens (DIW-Studie). Diese Finanzoligarchie ist eng vernetzt mit der Schicht der Spitzenmanager großer Konzerne. In Deutschland produzieren 0,3% der Konzerne 62% der Umsätze. Diese 0,3% kann man als Konzerne betrachten, die **Monopole** sind oder die die Konkurrenz dicht an das Monopol herangeführt hat. Finanzoligarchie und Spitzenmanager bilden die Klasse der **Monopolbourgeoisie**. Die Mitglieder dieser Monopolbourgeoisie bilden die herrschende Klasse in Deutschland. Dabei besteht zwischen diesen Mitgliedern kein eitel Sonnenschein, sondern harte Konkurrenz. Es ist Aufgabe des Staates die Konkurrenz der herrschenden Klasse zu verwalten und in gesetzliche Bahnen zu überführen. Die verschiedenen **bürgerlichen Parteien in den Parlamenten** vertreten entsprechend allesamt Interessen der einen oder anderen Monopolgruppe. Der Nationalstaat ist das politische Hauptinstrument der Monopolbourgeoisie.

Deutschlands Finanzoligarchie Top 10 (2015)	
Stefan Quandt und Susanne Klatten	26,5 Mrd. Euro
Familie Schaeffler	20 Mrd. Euro
Familien Albrecht und Heister	19 Mrd. Euro
Familie Reimann	17,6 Mrd. Euro
Dieter Schwarz	17 Mrd. Euro
Familie Theo Albrecht Jr.	16,9 Mrd. Euro
Heinz Hermann Thiele	9,5 Mrd. Euro
Familie Otto	9,2 Mrd. Euro
Familie Würth	8,8 Mrd. Euro
Familien Günter Herz und Daniela Herz-Schnoeckel	8 Mrd. Euro

*Das Vermögen der Top 10 der deutschen Finanzoligarchie entspricht ca. 50% des Bundeshaushalts 2015. Quelle: Manager Magazin.*

Die deutsche Monopolbourgeoisie ist die Trägerin des deutschen Imperialismus. Sie ist hauptverantwortlich für Krise, Krieg und Flucht. Sie ist Urheber und Nutznießer der sog. „Flüchtlingskrise“. Sie schafft nicht nur Flucht und Vertreibung, sondern missbraucht das Leid der Geflüchteten auch noch um in Deutschland den Sozialstandard weiter zu drücken und die Arbeiterklasse tiefer zu spalten. Diese soziale Spaltung ist der Nährboden für rechte Rattenfänger von AfD über Pegida bis hin zu den militanten faschistischen Organisationen. Und all

das nur, um noch ein bisschen mehr Profit zu machen, um das eigene Milliardenvermögen noch mehr anwachsen zu lassen.

Die massive Flüchtlingsbewegung ist eine durch imperialistische Ausbeutung hervorgerufene „**Arbeiterimmigration**“ (Lenin). Die ArbeiterInnen, die kommen, gehören aber derselben Klasse an, wie die ArbeiterInnen, die schon da sind! Beide haben denselben Klassenfeind – und das ist in Deutschland die deutsche Monopolbourgeoisie. Wir müssen den Kampf um unsere Rechte im Sinne des **proletarischen Internationalismus** gemeinsam führen.



# Karlsruher Gemeinderat legt Resolution zum Freihandelsabkommen TTIP vor

*Triumph der TTIP-kritischen Protestbewegung oder heiße Luft?*

(kaj) - Der Karlsruher Gemeinderat hat am 24. November 2015 einen interfraktionellen Antrag für eine gemeinsame Stellungnahme zu TTIP, CETA & Co bei 16 Gegenstimmen angenommen. Die Resolution wurde auch vom Stadtrat der LINKEN Niko Fostiropoulos eingebracht und unterstützt. Der DGB bucht den Beschluss als eigenen „Kampagnen-Erfolg“ ab.

Doch was wurde da eigentlich beschlossen? Wörtlich heißt es: „Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe spricht sich grundsätzlich für gute internationale Beziehungen aus ... Allerdings birgt die derzeit verhandelte Handelspartnerschaft TTIP Risiken für die öffentliche Daseinsvorsorge, insbesondere im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.“ Was hier verniedlichend als „Risiken“ bezeichnet wird ist aber gerade des Pudels Kern! TTIP, CETA & Co. sind **Instrumente des Klassenkampfes von oben**. „TTIP ist Teil des Kriegs der herrschenden Klasse“ (Patrik Köbele, DKP-Vorsitzender). Der EU-Handelskommissar Karel de Gucht sprach dies offen aus: „Ziel ist es vielmehr, Regulierungen, Standards und Gesetze in nahezu allen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Sektors anzugleichen“ – und zwar zwecks Schaffung einer weltweit grenzenlosen Bewegungsfreiheit für Investoren.

TTIP ist das **Projekt der großen Konzerne**, das vor allem dazu dienen soll, die Profite der größten Unternehmen des EU-europäischen und US-amerikanischen Wirtschaftsraums zu erhöhen. Zu diesem Zweck sind im Abkommen vor allem zwei Hebel vorgesehen: 1. der Abbau von Regulierung („Nichttarifäre Handelshemmnisse“) und 2. die Sicherung von zu erwartenden Profiten („Investitionsschutz“). Das ist **Sinn und Zweck des Freihandels** und kein irgendwie zu bereinigendes „Risiko“!

Der **DKP-Stadtrat** in Heidenheim a. d. Brenz **Reinhard Püschel** sagt hierzu: „TTIP, CETA und TiSA gehen insgesamt in die falsche Richtung, deshalb setze ich nicht auf eine Veränderung der Abkommen, sondern auf eine prinzipielle Ablehnung. Es ist an der Zeit, sich klar zu positionieren und zu sagen: Diese Verhandlungen zwischen den USA und der EU sind nicht in unserem Interesse, sie müssen abgebrochen werden, und zwar sofort. Denn die Idee hinter diesem Freihandel ist die Vergrößerung der Gewinne der Konzerne auf Kosten der Menschen.“

Die Verhandlungen über die Konditionen der wechselseitigen Ausbeutung des US-amerikanischen und des EU-europäischen Marktes müssen ersatzlos beendet werden! Der **Abbruch der Verhandlungen** ist für uns Kommunistinnen und Kommunisten die **einzig akzeptable Option!** Alles andere läuft auf eine Anerkennung und Legitimation der Verhandlungsergebnisse hinaus. Dies klingt auch in der Resolution des Gemeinderats an. Diese spricht sich zunächst gegen „spezielle Investitionsschutzregelungen mit ad hoc besetzten Schiedsgerichten“ aus um dann im nächsten Satz zurückzurufen: „Sofern solche Regelungen in TTIP Eingang finden, müssen sie nach rechtstaatlichen Grundsätzen ausgestaltet sein“. Mit anderen Worten: **Demokratie- und Sozialabbau?** Ja!, sofern er nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgestaltet ist.

Die Stadt Karlsruhe spricht sich mit ihrer Resolution keinesfalls gegen die Freihandelsabkommen aus, sondern fordert lediglich, dass ihre eigenen kommunalen Interessen bei den Verhandlungen berücksichtigt werden.

[www.dkp-karlsruhe.de](http://www.dkp-karlsruhe.de)

*Unsere neue Internetseite ist online*

Am 1. Januar ging unsere neue Internetseite online. Im neuen Design gibt es hier aktuell und übersichtlich den kommunistischen Standpunkt in und aus Karlsruhe.

Informationen zu Parteiaktivitäten, Standpunkte zu Karlsruher Themen, geschichtliche Hintergründe und aktuelle Termine. Im Downloadbereich gibt es unsere Stadtzeitung, den „Roten Fächer“, ebenso als pdf wie das wöchentlich erscheinende „Montagsinfo“.

**Einfach mal vorbeischaun  
und stöbern!**

24.12.2015

**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei Karlsruhe

Termine:

**DKP**  
LLL-Treffen der DKP - Nein zum Krieg! Auf nach Berlin zu Rosa und Karl!  
Samstag, 9. Januar 2016, 20.00 – 22.00 Uhr, Urania, 2. Etage (Einlass 19 Uhr)

Es sprechen:  
Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP  
Dimos Koubouris, Mitglied des Exekutivkomitees der kämpferischen Gewerkschaftsfront Pane aus Griechenland

Es treten auf:  
Weber-Herzog Theater: „Raus bist Du noch lange nicht“, Musiktheaterstück über eine Betriebsbesetzung  
Ensemble Nikolai Bersarin: Lieder der internationalen Arbeiterbewegung

Eintritt frei! [mehr](#)

2015-12-19 16:28:51  
[mehr Termine](#)

Startseite  
Aktuelles  
Termine  
Artikel  
Montags-Infos  
Roter Fächer  
Archiv  
Geschichte  
Hilde Wagner  
Karl Wagner  
KPD  
Bauernkrieg  
Faschismus  
Antifaschismus  
Wir  
Wir über uns  
Programm

[dkp.karlsruhe@gmx.de](mailto:dkp.karlsruhe@gmx.de)

# Die Fäulnis des Imperialismus und die Philosophie

## Widerstand gegen die Salonfähigkeit neuer Rechter in Karlsruhe

Noch ist die Alternative für Deutschland (AfD) ein versprengter Haufen reaktionärer Kräfte, der vor allem durch die Angst vor dem sozialen Abstieg und die Wut über die etablierten bürgerlichen Parteien zusammengehalten wird. Aus Angst und Wut folgt Hass auf alles, was vermeintlich Schuld ist an der eigenen Misere: Linke, Gewerkschaften, Flüchtlinge etc.

Was der AfD bis dato fehlt, ist eine Klärung ihrer ideologischen Grundlagen. Eine weltanschauliche Heimat, die der versprengten Masse eine organisierte Form gibt. Und hier kommen Personen wie Marc Jongen ins Spiel. Dieser ist nicht nur als stellvertretender Sprecher und Programmkoordinator der AfD Baden-Württemberg und als Mitglied der AfD-Bundesprogrammkommission ideologischer Vormann seiner Partei, sondern zugleich auch Mitglied des Senats der Hochschule für Gestaltung (HfG) Karlsruhe, Leiter des HfG-„International Office“ und Herausgeber der Schriftenreihe „HfG Forschung“. Marc Jongen ist, in den Worten der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS)* vom 10. Januar der „Parteiphilosoph“ der AfD.

In akademisch hochgestochenen Worten – und staatlich besoldet – liefert Jongen genau das, was der AfD noch fehlt. Seine Philosophie gibt der Fäulnis des Imperialismus, der Krise des Kapitalismus einen bewussten Ausdruck. Wo Fortschritt unmöglich ist, ist Reaktion der einzige Weg. In diesem Sinne kritisiert Jongen die Vernunftorientierung der

deutschen Politik und bemängelt, dass es an Zorn und Wut fehle. Die niedrigsten menschlichen Instinkte werden philosophisch aufgeladen und positiv hervorgehoben. Die reaktionäre Botschaft wird mit dem altgriechischen Fremdwort „Thymos“ verschleiert, was soviel bedeutet wie „Gemütslage“. Um die abendländische Kultur zu retten, seien thymotische Entladungen in Gestalt von Massenbewegungen nötig. „Stolz und Wut sind in der AfD wichtige Emotionen“, sagt Jongen in der *FAS* vom 10. Januar. Ziel seiner wissenschaftlichen Tätigkeit im Rahmen der HfG sei eine „neodarwinistische Kulturtheorie“ zur Verhinderung der Dekonstruktion von Familie, Volk und Kirche. Zu den geistigen Bezugspunkten gehören u.a. die Nazi-Philosophen Carl Schmitt und Martin Heidegger.

Akademischer Ziehvater von Marc Jongen ist Peter Sloterdijk, bis Ende 2015 Rektor der HfG Karlsruhe. Dieser distanziert sich zwar von dem „AfD-Ideen-Müll“, liefert aber seit Jahren die ideologische Begleitmusik zur Rechtsentwicklung in unserer Gesellschaft. Gegen den AfD-Mann im Senat der Karlsruher Hochschule regt sich seit Ende 2015 Widerstand. Zehn besorgte WissenschaftlerInnen der Buchreihe „HfG Forschung“ haben in einem öffentlichen Brief am 4. Dezember Maßnahmen „Gegen die Salonfähigkeit neuer Rechter in der HfG“ verlangt. Jongen sei als Herausgeber unhaltbar und abzulösen. Auch Prof. Beat Wyss, Hochschulprofessor an der HfG Karlsruhe, fordert die Absetzung von Marc Jongen. Jongen las-

se sich als „akademisches Feigenblatt“ missbrauchen, meint Beat Wyss in der *ZEITonline* vom 28. Dezember. Er mache mit dem Namen der HfG „politische Werbung“ für eine „rechtsnationale Splitterpartei mit Verbindungen in die Neonazi-Szene“. Die VVN-BdA Kreisvereinigung hat sich am 7. Januar ebenfalls mit einer Pressemitteilung in die Debatte eingemischt. Darin heißt es: „Als Organisation der nach der Befreiung vor 70 Jahren gegründeten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes melden wir uns zu Wort, weil wir bundesweit über den Fall aufklären wollen und um unsere Solidarität mit den Kritikern zu bekunden.“

Jongen weist die Vorwürfe indes zurück. Nie habe er sein politisches Engagement mit der Tätigkeit an der HfG vermischt. In den *Badische Neueste Nachrichten (BNN)* vom 9. Dezember fühlt er sich gar an die „Unterdrückungsmechanismen“ erinnert, „wie man sie von totalitären Regimen kennt“. Doch um Wissenschafts- und Meinungsfreiheit geht es hier nicht – es geht um Klassenkampf! Denn es ist kein Zufall, dass reaktionäre Köpfe wie Peter Sloterdijk und Marc Jongen akademische Karriere machen und in den Hochschulleitungen sitzen, während progressive Denker wie Marxisten-Leninisten seit Jahrzehnten systematisch aus dem Wissenschaftssystem der BRD diskriminiert werden (Adenauer-Erlass, Berufsverbote, Abwicklung des DDR-Wissenschaftssystems etc.). Die herrschende Wissenschaft ist immer die Wissenschaft der Herrschenden!

KAJ/UZ

**UZ** unsere zeit 29. Januar 2016 · Nr. 4 · 48. Jahrgang

**marxistisch · kritisch · analytisch**



**UZ**

**- unsere zeit -**  
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

**UZ-Pressesfest**  
Volksfest der DKP

01.-03. Juli 2016

# Amboss oder Hammer – Gespräche über Kuba

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V. Regionalgruppe Karlsruhe hatte am 2. November 2015 zu einer Diskussionsveranstaltung mit **Hans Modrow** und **Volker Hermsdorf** eingeladen. Im großen Saal des Restaurants Walhalla stellten beide ihr gemeinsames Buch „Amboss oder Hammer: Gespräche über Kuba“ vor (Verlag Wiljo Heinen). Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Partei „die LINKE“ und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Über 60 Teilnehmer machten den Abend zu einem großen Erfolg. Eine Fortsetzung der Kuba-Veranstaltung ist für 2016 geplant.



Hans Modrow ist der deutsche Politiker mit der längsten und differenziertesten Kuba-Erfahrung. Seine Beziehungen zu Kuba umfassen einen Zeitraum von nunmehr 45 Jahren. Volker Hermsdorf ist Journalist, der u. a. für die Tageszeitung „junge welt“ schreibt. Durch seine Kubanische Ehefrau ist er auch familiär in der sozialistischen Karibikinsel verwurzelt. Hans Modrow und Volker Hermsdorf trafen sich erstmals 2014 auf der Buchmesse in Havanna. Dieses Treffen war die Initialzündung für das gemeinsame Buchprojekt.

## Gefahren und Chancen des Sozialismus auf Kuba

(kaj/hewo/RLA) - **Es gibt sie immer noch, die rote Insel Kuba. Obwohl die sozialistischen Staaten in Europa vor 25 Jahren in der Konterrevolution untergegangen sind, trotz Kubas Revolution weiterhin dem übermächtigen aggressiven Nachbarn USA und seiner jahrzehntelangen Blockadepolitik. Der Grund: die Menschen in Kuba, die vor über 50 Jahren den Kapitalismus von ihrer Insel vertrieben haben, sind nicht bereit, ihre sozialen Errungenschaften für Elend und Krieg einzutauschen. Sie wollen Hammer und nicht Amboss sein. „Du musst steigen oder sinken, Du musst herrschen und gewinnen, Oder dienen und verlieren, Leiden oder triumphieren, Amboss oder Hammer sein“, dichtete Johann Wolfgang Goethe. Vor dieser Entscheidung, weiterhin geknechtet und geprügelt zu leben oder sich zu befreien und das Eisen selber zu schmieden, stand das kubanische Volk in seinem Unabhängigkeitskampf.**

Kuba, in dem 1959 unter Führung von Fidel Castro und Che Guevarra das von den USA ausgehaltene korrupte Regime des Fulgencio Batista gestürzt wurde, hatte sich 1961 entschlossen, dem kapitalistischen Wirtschaftssystem endgültig die Grundlage zu entziehen und die kubanische Gesellschaft auf eine sozialistische Grundlage zu stellen. Seitdem geriet Kuba unter enormen Druck aller imperialistischer Staaten, allen voran den USA, dem die kubanische Revolution selbst auch nach dem Untergang des sozialistischen Staatenverbundes bis heute standgehalten hat.

Die DDR unterlag 1989/1990 der Subversion der BRD, deren Strategie in den 1960er Jahren von Egon Bahr und Willy Brandt unter der Bezeichnung „Wandel durch Annäherung“ entwickelt wurde. Einen ähnlichen Strategiewechsel lässt sich auch bei den USA gegenüber Kuba beobachten. 2015 ist die US-amerikanische Blockadepolitik gegenüber Kuba endgültig gescheitert, die neue Kuba-Strategie der USA zielt seither ebenfalls auf einen „Wandel durch Annäherung“ ab. Welche Gefahren ergeben sich daraus für die sozialistische Orientierung Kubas? Hans Modrow und Volker Hermsdorf betonten, dass Fidel Castro und die kubanische Führung aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt haben. Während in der DDR niemals gefragt wurde, ob der Sozialismus untergehen könne, stellte Fidel Castro in seiner berühmten Rede von 2005 an der Universität Havanna die Frage: „Glaubt ihr, dass dieser revolutionäre, sozialistische Prozess zerfallen kann, oder nicht?“ Die Anwesenden antworteten: „Nein, niemals!“ Doch Fidel Castro warnte: „Dieses Land kann sich selbst zerstören, diese Revolution kann zerstört werden, aber sie [die USA] können sie heutzutage nicht zerstören; wir ja, wir können sie zerstören und es würde unsere Schuld sein.“ Und Castro gab zu bedenken: „Welches sind die Ideen oder der Bewusstseinsgrad, die ein Rückgängigmachen eines revolutionären Prozesses unmöglich machen? Wenn diejenigen, welche die Ersten, die Veteranen, waren, aufhören zu existieren und neue Generationen von Führungskräften an ihre Stelle treten, was ist zu tun und wie sollte es getan werden? ... Das sind



Dinge, über die man nachdenkt. Man studiert die Geschichte, was ist hier passiert, was ist dort passiert, denkt darüber nach, was heute geschehen ist und was morgen geschehen wird, wohin die Prozesse jedes Landes führen, wo unseres langgehen wird, wie es vorangehen wird, welche Rolle Kuba in jenem Prozess spielen wird.“

Hans Modrow und Volker Hermsdorf betonten weitergehend, dass die Situation in Kuba nicht mit derjenigen in der DDR gleichzusetzen sei. In Kuba gibt es heutzutage eine sehr viel breitere und offenere Debatte quer durch die Gesellschaft. Reformpläne werden kontrovers diskutiert. Überall in Kuba wird debattiert und gestritten. Dies hat zur Folge, dass politische Entscheidungen eine breite Basis in der Bevölkerung haben und von der überwiegenden Mehrheit der Kubanerinnen und Kubaner mitgetragen werden. Trotz heftiger argumentativer Auseinandersetzungen seien die Grundprinzipien der Revolution fest im Bewusstsein der breiten Masse verankert: Unabhängigkeit, Souveränität, Würde. Die Menschen in Kuba sind sich sehr bewusst, dass erst die Revolution 1959 dem kubanischen Volk erstmals in seiner Geschichte Unabhängigkeit, Souveränität und Würde brachte. Und sie wissen, dass nur der sozialistische Weg diese Grundwerte auch in Zukunft gewährleisten kann.

## Eine Nacht mit Fidel

Auf besonderes Interesse stieß Hans Modrows Bericht über ein intensives Gespräch mit Fidel Castro im Jahr 1993. Vor dem Hintergrund der Konterrevolution in der DDR, der UdSSR und den sozialistischen Staaten Osteuropas suchte der kubanische Revolutionsführer den Kontakt zu Modrow, um diesen in einem langen, nächtlichen Gespräch über die Ereignisse „auszuquetschen“. Castro machte deutlich, dass er von Beginn an auf Distanz zu Gorbatschow und seiner Politik der Perestroika stand. Er interessierte sich in dem intensiven Gespräch vor allem für die Frage, warum die Genossinnen und Genossen in der DDR Gorbatschows Politik nicht entgegengetreten sind. Hans Modrow resümiert seine damalige Antwort: In der DDR gab es Ende der 1980er Jahre die Situation, dass es in der Bevölkerung einen starken Wunsch nach Reformen gab. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der DDR wollten Reformen – sie wollten aber keinesfalls die Abschaffung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus, sondern einen reformierten Sozialismus. Die Politik Gorbatschows schien diesen Reformwünschen nachzukommen. Daher waren die Bürgerinnen und Bürger der DDR anfällig gegenüber dem Verrat durch Gorbatschow. Auch Modrow selbst unterstützte zunächst, wie er feststellte, die Politik der Perestroika. Man konnte sich damals einfach nicht vorstellen, dass der Sozialismus in Europa tatsächlich untergehen könnte und quasi über Nacht von der Landkarte verschwindet.



Die Arbeiterliedgruppe Rotkrakelchen: „Guantanamo“, „Die Arbeiter von Wien“, „Die Internationale“ und andere Lieder rundeten die Veranstaltung ab.

Ein wichtiger Reformwunsch der Bürger der DDR betraf die Reisefreiheit. Kubaner können heutzutage ihr Land jederzeit verlassen – es gibt keine Ausreisebeschränkungen. Die einzigen, die die Reisefreiheit einschränken, so Volker Hermsdorf, seien die USA. Denn US-Bürgern ist es bis heute bei Strafe verboten, nach Kuba zu reisen. Die meisten Kubaner verlassen ihr Land jedoch keinesfalls aus politischen Gründen, sondern deshalb, weil der aktuelle Stand der wirtschaftlichen Entwicklung keine angemessenen Beschäftigungsfelder ermöglicht. Dies gilt gerade für hochqualifizierte Fachkräfte.

## Internationale Solidarität!

Kuba ist ein Beispiel und ein Symbol für ganz Südamerika und darüber hinaus. Kuba demonstriert unter schwierigsten Bedingungen, dass eine Alternative zum weltweit herrschenden mörderischen Kapitalismus möglich ist, und dass diese Alternative der Sozialismus ist. Kuba ist seit seiner sozialistischen Revolution immer bereit gewesen, anderen Staaten und Völkern zu helfen. So sind z.B. zahlreiche kubanische Ärzte in anderen Ländern tätig. Das kubanische Gesundheitssystem ist das fortschrittlichste der Region und auf höchstem Weltniveau. Und es trotz bis heute der US-amerikanischen Subversion, z.B. den millionenschweren Abwerbeprogrammen.

Kuba steht nicht allein. Es erfährt weltweite Solidarität. Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und die Kuba-Solidarität der DKP sind Teile davon. Internationale Solidarität ist nicht nur im Interesse der Verteidigung der Freiheit Kubas, sondern auch in unserem eigenen Interesse an der Zurückdrängung der mörderischen Macht der imperialistischen Staaten, wie z.B. auch der BRD. Damit auch für unser Land letztlich die Frage Amboss oder Hammer von uns mit Hammer beantwortet werden kann.



## Kampagne der DKP Baden-Württemberg

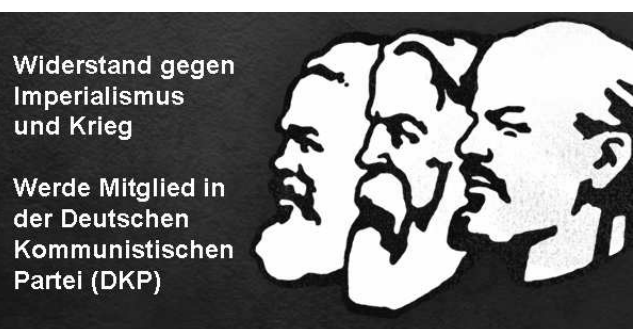
Während sich die Situation für Geflüchtete auch in Baden-Württemberg immer weiter zuspitzt, ist in der Öffentlichkeit von den Fluchtursachen kaum die Rede. Die Mehrheit der unzähligen Menschen, die ihr Leben riskieren, um ins Innere der Festung Europa zu gelangen, fliehen vor den Kriegen, die der Imperialismus in ihren Heimatländern effesselt hat. Viele der Waffen, mit denen diese Kriege geführt werden, stammen hier aus Baden-Württemberg. Die Interessen, die mit diesen Waffen kriegerisch durchgesetzt werden, sind direkt mit denen des Kapitals verknüpft. Deshalb sagen wir:

### Fluchtverursacher bekämpfen, nicht Flüchtlinge!

Mit unserer Kampagne wollen wir an konkreten Beispielen aufzeigen, welche Rolle Unternehmen aus Baden-Württemberg beim Erzeugen von Fluchtursachen spielen und wer die Profiteure des Krieges sind. Alle aktuellen Infos zu Outing-Aktionen und Hintergründen findet ihr ab sofort auf unserem Kampagnenblog

[fluchtverursacher.blogspot.de](http://fluchtverursacher.blogspot.de)

Du hast Lust mitzumachen und möchtest uns einen Fluchtverursacher in deiner Region melden? Dann schreib uns einfach eine Mail und wir machen die Informationen gemeinsam auf unserem Blog öffentlich!



DKP und SDAJ Baden-Württemberg und Waldheim Gaisburg laden ein:

VERANSTALTUNG ZUM

# INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Samstag

12.3.2016

ab 14:00 Uhr

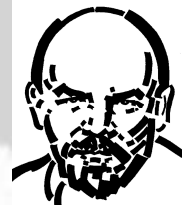
Stuttgart-Ost  
Waldheim Gaisburg  
Obere Neue Halde 1

EINTRITT FREI!  
SPENDEN ERWÜNSCHT!

STOPPT DEN KRIEG GEGEN SYRIEN



UZ SHOP  
100% UZ - 100% ROT!



NEWS-DKP.de



Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Hrsg.: DKP Karlsruhe,  
V.i.S.d.P.: Hans Jürgen Rettig,  
Markgrafening 10, 76703 Kraichtal